

BGE 68 I 184

Bundesgericht (BGE), 1942-01-01, DE

Quelle: https://mcp.opencaselaw.ch/entscheid/bge_68_I_184

FR: ATF 68 I 184

IT: DTF 68 I 184

Volltext

184 Verwaltung\$- ,und Disziplinarrechtspflege_ Rekurskommission hat (fenn auch nicht auf die Ergebnisse des Berichtes abgestellt~ Sie hat nur die Ausführungen über den. Verkehrswert übernommen, die Ertragswertberechnungen aber übergangen, offenbar in der Erkenntnis, dass sie den Verhältnissen nicht gerecht werden. Hätte sie auf die Erhebungen der Experten abstellen wollen, so hätte sie auch die Ertragswertberechnung berücksichtigen müssen (Art. 20, Abs. 1 WOB). Nach den Angaben in der Verwaltungsgerichtsbeschwerde beruht auch die Verkehrswertberechnung zum Teil auf unrichtigen Annahmen, die richtig zu stellen wären. Doch kommt der Rekurrent dabei zu Ergebnissen, die - wiederum im Hinblick auf die früher angeführten Indizien - nicht richtig sein können. 2. - II. REGISTERSAOHEN REGISTRES 30. Auszug aus dem Urteil der I. ZivUabteilung vom 10. November 1942 i. S. Dr. Erui gegen Kaufmann und Regierungsrat des Kantons Luzern. Handelsregister. 1_ Die Frage der Zugehörigkeit zu einer Kollektivgesellschaft ist materiell-rechtlicher Natur und kann von den Registerbehörden und der Verwaltungsgerichtsinstanz nicht entschieden werden. 2. Art. 32 Abs. 2 HRegV findet auch daml Anwendung, wenn nicht ein Dritter, sondern ein unmittelbar Beteiligter gegen eine noch nicht vollzogene Eintragung einen privatrechtlichen Einspruch erhebt_ Regl,8tre du oormnet-ce. 1. Les autorités preposees au registre du commerce, ni le Tribunal administratif ne peuvent, vu qu'il s'agit la d'une question de fond, rechercher si une pel'sonne determinoo est membra <I'une Sociere en nom collectif. 2. L'art. 32 al. 2 ORC est aussi appHcable lorsqu'une persOlme directement interessee - et non pas un tiers -, fondee sur un droit prive, s'oppose a nne inscription qui n'a pa.~ encore eu lieu. Registersaehen. N° 30. 185 RegiBtro d~ co-mmercio. 1. La questione di sapere se uns. detenninats. persona faccis. pa~e di uns. so('lieta. in nome collettivo e uns. questione di merito e non puo essere deciss. dalle autorito. preposte 801 registro di oommercio e dal tribunale amministrativo. 2. L.'art. 32 cp. 2 OrdRe e applicabile anche quando Ima persona d!!"e~en~ interessata, e ~on. u?- terzo, fonnuli opposizione dl dlntto prnvato contro un ISCrIZIONE non ancora eseguita. Aus dem Tatbestand : Der Firma Karosseriewerke A.-G. Wauwil wurde am 24. September 1934 ein Konkursaufschub bewilligt. Eine unter der Firma M. Kopp & Oie gebildete Zwischenbetriebsgesellschaft führte den Betrieb auf eigene Rechnung weiter, bis die Karosseriewerke A.-G. am 23. September 1935 in Konkurs fiel. Am 22. Juni 1938 klagte Kaufmann die Firma M. Kopp & Oie, die er als Kollektivgesellschaft ansprach, auf Bezahlung einer Lohn- und Darlehensforderung ein. Die Beklagte bestritt ihre Einlassungspflicht mit der Begründung, eine Kollektivgesellschaft Kopp & Oie habe gar nie bestanden. Das Obergericht des Kantons Luzern erkannte jedoch am 18. Oktober 1940, dass die Zwischenbetriebsgesellschaft als Kollektivgesellschaft gebildet worden sei. Mit der Eröffnung des Konkurses über die Karosseriewerke A.-G. sei sie in Liquidation getreten, aber nicht untergegangen. Sie könne daher als Firma « M. Kopp & Oie in Liq.» ins Recht gefasst werden. Das Amtsgericht Willisau hiess hierauf mit Urteil

vom 17. Juli 1941 die Klage des Kaufmann im Betrag von Fr. 2146.- gut. Dieses Urteil blieb unangefochten. Auf Anzeige des Betreibungsamtes Wauwil und des Kaufmann forderte nun das Handelsregisteramt des Kantons Luzern den Beschwerdeführer Dr. Erni und weitere Personen als Gesellschafter bzw. Erben von solchen auf, die Kollektivgesellschaft M. Kopp & Oie in Liq. zur Eintragung in das Handelsregister anzumelden. Der Beschwerdeführer verweigerte für seine Person die Anmeldung. Die übrigen aufgeforderten Personen antworteten zum Teil ebenfalls ablehnend, zum Teil überhaupt nicht. Das Handelsregisteramt unterbreitete daher die Sache gemäss Art. 57/58 HRegV dem Regierungsrat als kantonaler Aufsichtsbehörde. Dieser wies das Handelsregisteramt mit Entscheid vom 22. Juni 1942 an, die Kollektivgesellschaft M. Kopp & Oie in Liq. mit Dr. Erni und drei weiteren Personen als Gesellschaftern in das Handelsregister einzutragen. Gegen diesen Entscheid hat Dr. Erni Verwaltungsgerichtsbeschwerde eingereicht mit dem Antrag, der Entscheid sei dahin abzuändern, dass er nicht unter den Mitgliedern der Kollektivgesellschaft aufgeführt werde. A U8 den Erwägungen: 1. - Der Beschwerdeführer bestreitet seine persönliche Zugehörigkeit zur Kollektivgesellschaft M. Kopp & Oie bzw. M. Kopp & Oie in Liq. und damit die Pflicht, sich als Gesellschafter in das Handelsregister eintragen zu lassen. Ob er je einmal Gesellschafter war, ist eine Frage des materiellen Rechtes, die von den Registerbehörden und damit auch von der Verwaltungsgerichtsinstanz nicht beurteilt werden kann. Das Obergericht des Kantons Luzern hat allerdings am 18. Oktober 1940 entschieden, dass eine Kollektivgesellschaft M. Kopp & Oie in Liq. bestehe. Dagegen hat es die Zugehörigkeit des Beschwerdeführers zur Gesellschaft nicht beurteilt, desgleichen nicht das Amtsgericht Willisau in seinem Urteil vom 17. Juli 1941. Für beide Gerichte bestand auch kein Anlass dazu, da in jenem Prozess bloss die von Kaufmann gegen die Gesellschaft erhobene Forderung und als Vorfrage die Rechtsnatur der Gesellschaft zu beurteilen war. über die materiell-rechtliche Frage der Zugehörigkeit des Beschwerdeführers zur Gesellschaft könnten die Registerbehörden höchstens dann hinweggehen, wenn der Beschwerdeführer irgendwie nach aussen als Gesellschafter in Erscheinung getreten wäre, namentlich wenn sein Name Bestandteil der Firma wäre. Dies trifft aber nicht zu. Wohl sprechen im übrigen gewichtige Gründe für die Gesellschafter-Eigenschaft des Beschwerdeführers. Seine in der Beschwerdebegründung gegebene Darstellung, er habe nur einem ursprünglichen Konsortium angehört und dieses sei mit der nachher gegründeten Kollektivgesellschaft nicht identisch, ist nicht ohne weiteres überzeugend. Zu seinen Gunsten kann aber der Beschwerdeführer immerhin auf den schriftlichen Gründungsvertrag der Kollektivgesellschaft vom 24. September 1934 hinweisen, worin er nicht als Gesellschafter aufgeführt ist und den er auch nicht unterzeichnet hat. Unter diesen Umständen kann der Sachverhalt nur durch ein Beweisverfahren in einem Zivilprozess abgeklärt werden. 2. - Die Frage, ob der Beschwerdeführer zur Gesellschaft gehört, ist zunächst eine den Beschwerdeführer und die Gesellschaft berührende Angelegenheit. Nachdem aber die Eintragungspflicht der Gesellschaft feststeht, ist die Abklärung dieser Frage auch vom Gesichtspunkt einer geordneten Registerführung aus nötig. Weder das Gesetz noch die HRegV regeln zwar ausdrücklich, wie eine solche Abklärung erzwungen werden kann. Art. 32 HRegV bestimmt nur, wie vorzugehen ist, wenn ein privatrechtlicher Einspruch gegen eine Eintragung von dritter Seite vorliegt. Dieses Verfahren eignet sich aber in gleicher Weise für Fälle der vorliegenden Art, wo der privatrechtliche Einspruch von einem der Beteiligten selbst stammt. Ein unmittelbar Beteiligter, der selber bei der Anmeldung

mitzuwirken hätte, soll in der Tat ebensowenig wie ein Dritter durch einen privatrechtlichen Einspruch die Eintragung auf unbestimmte Zeit verhindern können. Vielmehr rechtfertigt es sich hier wie dort, dem Einsprecher Frist anzusetzen, damit er eine vorläufige richterliche Verfügung erwirke und die Streitsache daraufhin unter den Beteiligten zu einem endgültigen gerichtlichen Austrag gebracht werde. Art. 32 Abs. 2 HRegV ist daher im vorliegenden Fall analog anzuwenden (vgl. SIEGWART, Komm. Note 35 b zu Art. 554/56 OR). 188 Verwaltungs. W, d Disziplinarrechtspflege. Demnach erkennt das Bundesgericht: Die Beschwerde wird gutgeheissen, der Entscheid des Regierungsrates des Kantons Luzern vom 22. Juni 1942, soweit er die Eintragung des Beschwerdeführers als Gesellschafter der Kollektivgesellschaft M. Kopp & Oie in Liq. betrifft, aufgehoben und das Handelsregisteramt des Kantons Luzern angewiesen, gegenüber dem Beschwerdeführer das Verfahren gemäss Art. 32 Abs. 2 HRegV zu eröffnen. 31. Urteil der I. Zivilabteilung vom 1. Dezember 1941 i. S. Billhngesellschaft Zürich-Uetliberg gegen Justizdirektion des Kantons Zürich. Handelsregister. Die statutarischen Angaben über Sachübernahmen durch die A.-G. (Art. 628 Abs. 2 OR) dürfen bei spätern Statutenänderungen nur dann weggelassen werden, wenn der Handelsregisterführer aus eilttragungspflichten Tatsachen erkennen kann, daß die Angaben ihren Schutzzweck verloren haben. *Registre du commerce. Les indications que doivent contenir les statuts de la S. A., touchant les apports en nature, ne peuvent être supprimées, lors de modifications ultérieures des statuts, que dans les cas où des faits dont l'inscription est obligatoire permettent au préposé de reconnaître que les indications supprimées n'ont plus d'utilité comme mesures de protection.* *Registrazione di commercio. Le indicazioni sull'assunzione di beni da parte di una società anonima, le quali devono figurare negli statuti, possono essere soppresse in occasione di ulteriori modifiche statutarie soltanto nel caso in cui dai fatti assoggettati all'obbligo dell'iscrizione l'ufficiale dell'registro possa riconoscere che le indicazioni soppresse hanno perduto la loro utilità come misure di protezione.* A. - Die Bahngesellschaft Zürich-Uetliberg, eine Aktiengesellschaft, übernahm laut § 2 ihrer vom 18. Oktober 1924 datierten Statuten durch Vertrag mit der Uetlibergbahn-Gesellschaft das Baukonto dieser Bahn im Buchwerte von Fr. 1,603,516.38 sowie weitere Aktiven im Gesamtwerte von Fr. 23,797.06. Dafür verpflichtete sie sich, in die Fr. 218,644.13 betragenden Verbindlichkeiten der Bahngesellschaft Zürich-Uetliberg einzutreten und deren Prioritätsaktien zum Stückpreis von Fr. 25.- von jenen Aktionären anzukaufen, die eine Aktie der Bahngesellschaft Zürich-Uetliberg von Fr. 100.- voll einzahlten. Am 19. Juni 1942 gab sich die Bahngesellschaft Zürich-Uetliberg neue, dem revidierten Obligationenrecht angepasste Statuten. Das Handelsregisteramt des Kantons Zürich weigerte sich, diese in das Handelsregister einzutragen mit der Begründung, die Sachübernahmebestimmung von § 2 der bisherigen Statuten hätte auch in die neuen Statuten aufgenommen werden sollen. Wegen eines Versehens hatte das Amt diese Beanstandung nicht schon angebracht, als ihm der Entwurf der neuen Statuten zur Prüfung unterbreitet worden war. Eine gegen das Handelsregisteramt eingereichte Beschwerde wies die Justizdirektion des Kantons Zürich am 15. Oktober 1942 ab. B. - Gegen diese Verfügung der Justizdirektion hat die Bahngesellschaft Zürich-Uetliberg Verwaltungsgerichtsbeschwerde eingereicht mit dem Antrag, das Handelsregisteramt sei anzuweisen, die am 19. Juni 1942 beschlossenen Statuten in das Handelsregister einzutragen. Die Justizdirektion des Kantons Zürich hat Abweisung der Beschwerde beantragt, falls das Bundesgericht nicht jedes rechtliche Interesse an der Beibehaltung von § 2 der bisherigen Statuten als dahingefallen erachte. Das eidg. Justiz- und

Polizeidepartement hat Abweisung der Beschwerde beantragt. Das Bundesgericht zieht in Erwägung : 1. - Die Beschwerdeführerin bringt vor, § 2 der bisherigen Statuten habe seinen Zweck eingebüsst und brauche in den neuen Statuten nicht mehr nachgeschleppt zu werden. Bei der seinerzeitigen Sachübernahme habe es sich um eine klare Angelegenheit gehandelt. Kein Aktionär habe sie seither beanstandet. Zivil- oder Strafklagen gegen die Gründer wären heute verjährt. Das eidg. Eisenbahn-

Export aus OpenCaseLaw (CC0). Verbindlich ist allein der vom erlassenden Gericht veröffentlichte Originaltext. Quellen-URL siehe oben.